

\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*  
\*

YU-HSI NIEH

**Bald Einigung zwischen London und Beijing über Hongkongs Zukunft?**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

**I. Durchbruchzeichen aus London**

Inzwischen ist es zur Routineangelegenheit geworden, daß jeden Monat in Beijing eine zweitägige Verhandlung zwischen den chinesischen und britischen Unterhändlern über die Zukunft Hongkongs stattfindet (1). In diesem Jahr haben sie bereits am 25. und 26. Januar bzw. 22. und 23. Februar zweimal Gespräche in der chinesischen Hauptstadt geführt. Am 16. und 17. März werden sie sich, laut Plan, zum neunten Mal begegnen, um das Problem zu besprechen. Nach wie vor wurde nach jeder Verhandlungsrunde ein wortkarges Kommuniqué von beiden Seiten bekanntgegeben mit den stereotypen Hinweisen auf "nützliche und konstruktive Gespräche" sowie einer Terminangabe für die nächste Runde. So blieb der tatsächliche Verhandlungsablauf offiziell noch strikt geheim. Aber inoffiziell oder halbamtlich haben beide Seiten - zumal die chinesische Seite - von Zeit zu Zeit ihre Zukunftspläne für die Kolonie in der Öffentlichkeit lanciert. Seit dem Beginn dieses Jahres ließ sich eine Annäherung zwischen Beijing und London in dieser Frage durch eine optimistische Atmosphäre spüren.

Laut Bericht des unabhängigen englischen Blattes "The Sunday Times" (22.1.84) soll die britische Regierung Mitte Dezember der chinesischen Seite das Zugeständnis mitgeteilt haben, daß man China die vollständige Souveränität über Hongkong einschließlich des Verwaltungsrechts zurückgeben werde. Premierminister Frau Margaret Thatcher soll, so der Zeitungsbericht, zu dem Beschluß gekommen sein, weil Hongkong militärisch für die Briten nicht zu verteidigen ist. Im Gegenzug für das Zugeständnis soll London - weiter nach dem Bericht von Beijing - verlangt haben, daß Beijing die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsform, das Weiterbe-

stehen des Hongkong-Dollar als eigenständige Währung sowie die Beachtung der Meinungsfreiheit und der Freizügigkeit der Einwohner Hongkongs garantieren müsse. Da man dies von offizieller Seite in London für eine "möglicherweise durchaus richtige Annahme" gehalten hat, wurde der Bericht praktisch indirekt bestätigt (2).

**II. Chinesische Zukunftsplanung für Hongkong**

Dementsprechend haben einige chinesische Politiker seit Anfang Januar dieses Jahres tatsächlich in der Öffentlichkeit absichtlich zahlreiche Einzelheiten über die Zukunftsplanung Chinas für Hongkong ausgeplaudert. In einer Ansprache vor einer Senatssitzung der Universität Hongkong hat der Direktor der Zweigstelle der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua in Hongkong, Xu Jiatur, am 10. Januar gesagt, daß Hongkong nach Rückkehr zum chinesischen Vaterland 1997 gemäß Art.31 der Verfassung der VR China fünfzig Jahre lang eine Sonderverwaltungszone mit höherer Autonomie bleiben könne. Die Regierung dieser geplanten Sonderzone werde kraft eines Grundgesetzes von Einheimischen gebildet werden. Chinesische und ausländische Beamte, einschließlich der Polizisten, die der jetzigen Regierung Hongkongs dienen, dürften ihre Posten behalten. Die zukünftige Sonderzone solle eine unabhängige Rechtsprechung mit einer eigenen höchsten Instanz haben. Die bestehenden Gesetze und das jetzige kapitalistische Gesellschaftssystem würden beibehalten. Hongkong solle weiter Freihafen und internationales Finanzzentrum bleiben. Der Hongkong-Dollar werde weiter als gültige Währung gelten und seine Konvertierbarkeit behalten. Den Einwohnern würden die Grundfreiheiten der Rede, Veröffentlichung, Versammlung, Vereinigung, Korrespondenz sowie Ein- und Ausreise gewährt. Die Wirtschaftsinteressen Großbritanniens und anderer Länder in Hongkong würden geschützt. Als Sonderverwaltungszone könne Hongkong Wirtschafts- und Kulturbeziehungen mit anderen Staaten sowie internationalen Organisationen unterhalten bzw. ausbauen sowie Reiseausweise und Visa erteilen. Die Erhaltung der sozialen Sicherheit in der zukünftigen Sonderverwaltungszone solle ebenfalls in die Zuständigkeit der einheimischen Regierung gehören (3).

Der Direktor des Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus beim chinesischen Staatsrat, Ji Pengfei, hat in zwei Interviews ebenfalls Chinas konkrete Zukunftspläne für Hongkong als Sonderverwaltungszone unter

chinesischer Souveränität dargestellt. Auf die Frage des Dekans der Betriebswirtschaftlichen Fakultät der Chinesischen Universität Hongkong, Prof. Min Jianshu, nach der Regierungs- und Parlamentsbildung in der zukünftigen Sonderverwaltungszone Hongkong, sagte Ji, daß ein "Drei-Drittel-System" eingeführt werden könne, d.h. in Zukunft sollten die Beijing nächstehende, die London nächstehende sowie die neutrale politische Gruppe in Hongkong je ein Drittel der Sitze des Parlaments bzw. der Regierung besetzen. Den Begriff der "Bevölkerung Hongkongs" (Gangren) definierte er ebenfalls mit einer Dreiteilung: (A) 95 Prozent der Einwohner, die zur Zeit einen Paß oder Personalausweis von Hongkong besitzen, werden in Zukunft gleichzeitig Bürger von Hongkong und China sein, sie können wählen und gewählt werden, dazu können sie sich an Wahlen für ganz China beteiligen; (B) Chinesen, die einen ausländischen Paß und die Nationalität eines ausländischen Staates haben, aber seit langer Zeit in Hongkong wohnen und arbeiten, dürfen nur wählen, jedoch nicht gewählt werden; (C) die in Hongkong wohnenden Ausländer werden weder aktives noch passives Wahlrecht haben, aber ihre Kinder können den Status eines Bürgers von Hongkong erwerben (4).

In dem gleichen Gespräch mit Professor Min wie in einem noch ausführlicheren Interview für das chinesische Wochenblatt "Liaowang" (Nr. 3/1984) ging der für die Angelegenheiten Hongkongs zuständige Spitzenfunktionär auf die Einzelheiten der chinesischen Vorstellungen von Hongkongs Zukunft ein, die zum großen Teil wie die bereits erwähnte Rede von Xu Jiatur klangen. Ji fügte in seinem Interview für "Liaowang" nur einige Ergänzungen hinzu, wie z.B. daß die Gesetze Hongkongs mit kolonialen Charakter oder im Widerspruch zur Souveränität und zu den Gesetzen Chinas aufgehoben und der Devisen-, Aktien- und Goldmarkt beibehalten würden. Dazu bleibe Hongkong eine unabhängige Zollregion. Die Verteidigungs- und Außenpolitik Hongkongs würden in Zukunft zwar zur Kompetenz der Zentralregierung in Beijing gehören, so Ji, aber die zukünftige Sonderverwaltungszone werde hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit anderen Staaten und internationalen Organisationen Verträge abschließen dürfen. Außerdem werde die chinesische Regierung keine Beamten nach Hongkong entsenden. Die wichtigen Stellen der Sonderverwaltungszone würden von den Leuten besetzt werden, die zunächst von den Einheimischen durch

Konsultationen oder Wahlen bestimmt und dann von der chinesischen Zentralregierung in Beijing ernannt werden sollen (5).

Gegenüber "Liaowang" wollte Ji zum Ablauf der chinesisch-britischen Verhandlungen über Hongkong keine Geheimnisse verraten, doch betonte er, daß bislang ein gewisser Fortschritt zu verzeichnen sei, und äußerte die Hoffnung, daß mit gemeinsamen Anstrengungen auf beiden Seiten so bald wie möglich ein Abkommen erzielt werde. Am 24. Januar hatte der Vorsitzende der KPCh, Hu Yaobang, zu einer Gruppe französischer Journalisten ebenfalls von einem Fortschritt in den britisch-chinesischen Verhandlungen gesprochen und die Ansicht vertreten, daß die Hongkongfrage durch einen für beide Seiten annehmbaren Weg gelöst werde. Gleichzeitig räumte er allerdings ein, daß für die Verhandlungen über Einzelfragen noch einige Zeit erforderlich sein werde (6).

### III. Neue Gesichter am Verhandlungstisch

Seit Anfang dieses Jahres werden die Verhandlungen auf beiden Seiten von neuen Unterhändlern geführt. London hat seinen ehemaligen Botschafter in Beijing und gleichzeitig den Verhandlungsleiter, Sir Percy Cradock, zum außenpolitischen Berater von Frau Thatcher ernannt; als sein Nachfolger wurde Sir Richard Evans nach China gesandt. Der neue chinesische Verhandlungsleiter heißt Zhou Nan. Zwar hat er mit der Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär (Buzhang-Zhuli) einen niedrigeren Rang im chinesischen Außenministerium als sein Vorgänger, der stellvertretende Außenminister Yao Guang, doch wurde dieser Wechsel eher als Symbol für die Vertiefung der Verhandlungen bewertet denn als ein Zeichen für ihre Herabstufung. Nachdem London angeblich das Zugeständnis einer Rückgabe der vollen Souveränität über Hongkong an China im Jahre 1997 gemacht hat, sind, so vermutet man, selbstverständlich technische Verhandlungen von Sachkundigen auf unterer Ebene erforderlich, um über Maßnahmen für die Übergangsperiode in den kommenden 13 Jahren und später nachzudenken. Die Ernennung Zhou Nans zum chinesischen Verhandlungsleiter soll vom britischen Außenministerium begrüßt worden sein. Er spricht fließend Englisch und hat dazu noch Erfahrungen in der UNO (7).

Ein anderes Zeichen für das Vorankommen der Verhandlungen von der Grundsatzdiskussion über die Souveränitätsfrage zu den substantiellen Erörterungen über die

Einzelheiten der Rückgabe der britischen Kolonie an China war, daß die Unterhändler beider Seiten seit dem Abschluß der achten Verhandlungsrunde ihre inoffiziellen Begegnungen intensiviert haben (8). Bei der Unterhaltung kurz vor Beginn des neunten offiziellen Gesprächs am 22. Februar wies der britische Chefunterhändler, Botschafter Richard Evans, seinen Verhandlungspartner, den chinesischen Unterstaatssekretär Zhou Nan, darauf hin, daß kürzlich mehrere britische Minister China besucht haben. Dieser bemerkte dazu, daß diese Tatsache gerade den ununterbrochenen Fortschritt der chinesisch-britischen Verhandlungen widerspiegeln (9). Gleich nach dem Gespräch flogen Botschafter Evans und der speziell für Hongkong zuständige Staatsminister im britischen Außenministerium, Richard Luce, am 25. Februar von Beijing bzw. von London aus nach Hongkong, um dort mit dem Gouverneur von Hongkong, Sir Edward Youde, den Mitgliedern des Exekutiv- und des Legislativrats sowie Persönlichkeiten verschiedener Kreise der Kolonie zusammentreffen (10). Auch dies lieferte ein Indiz dafür, daß die chinesisch-britischen Verhandlungen über Hongkong bereits in eine konkrete und wohl auch entscheidende Phase eingetreten sind.

### IV. Eine Lösung vor Juli 1984?

Da das Jahr 1997, in dem der Pachtvertrag der "New Territories" ( 975,1 qkm oder 98% der Gesamtfläche der britischen Kolonie) abläuft und China das Gesamtgebiet von Hongkong einschließlich der Insel Hongkong und der Halbinsel Kowloon zurücknehmen will, immer näherrückt, drängt Beijing seit dem letzten letzten Jahr auf eine schnelle Lösung der Frage. Mehrmals haben die Chinesen damit gedroht, einseitig ein eigenes Programm über die Rücknahme der Souveränität über Hongkong anzukündigen, wenn die Verhandlungen mit den Briten darüber bis zum September 1984 kein Ergebnis zeitigen würden (11). Am 20. Februar dieses Jahres äußerte der 2. Direktor der Zweigstelle der chinesischen amtlichen Xinhua-Nachrichtenagentur, Li Jusheng, ein Mitglied der chinesischen Verhandlungsdelegation, auf dem Weg von Hongkong nach Beijing zu dem neunten offiziellen chinesisch-britischen Gespräch vor Hongkonger Journalisten die Hoffnung, daß die Verhandlungen noch vor dem kommenden Juli beendet sein würden. Er begründete seine Hoffnung damit, daß das britische Parlament im Juli seine Sommerpause beginnt (12) - für die endgültige Regelung der Hongkongfrage ist auf britischer Seite eine Zustimmung des

Unterhauses erforderlich.

Nach den Worten von Li Jusheng wird sich der chinesische Nationale Volkskongreß (Parlament) nach einem guten Ausgang der chinesisch-britischen Verhandlungen ebenfalls mit der Hongkongfrage befassen. Das schon viel besprochene Grundgesetz für die von China geplante Sonderverwaltungszone Hongkong ist, wie Li weiter sagte, noch nicht entworfen; auch mit den Konsultationsarbeiten dazu hat man noch nicht begonnen. Allerdings sind diese Aufgabe des Staatsrats. Auf die Frage der Hongkonger Journalisten, ob nach dem Beginn der Konsultationsphase Leute aus Hongkong eingeladen würden, vor dem Nationalen Volkskongreß ihre Meinungen vorzutragen, antwortete er: "Wenn es erforderlich ist, ist es auch möglich" (13).

Diese Meinung von Li Jusheng stimmte nicht ganz überein mit der oben bereits zitierten Rede seines Kollegen oder Vorgesetzten Xu Jiatur, des Direktors der Zweigstelle der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong, vom 10. Januar vor dem Senat der Universität Hongkong. Nach Xus Worten wird China zum Entwurf des Grundgesetzes für die geplante Sonderverwaltungszone einen Ausschuß mit Beteiligung von Repräsentanten Hongkongs bilden. Dieser soll auf der Grundlage der bis dahin gesammelten allgemeinen Meinungen der Bevölkerung von Hongkong einen ersten Entwurf machen, der dann der Hongkonger Bevölkerung zur Diskussion übergeben wird. Durch "Ausschöpfung des demokratischen Weges", so Xu, kann sie noch Revisionsvorschläge einbringen. Erst nach einer Umformulierung wird der Entwurf dem Nationalen Volkskongreß vorgelegt, durch den der Entwurf Gesetz werden kann. "Da die Gestaltung eines Grundgesetzes für die Sonderverwaltungszone dieses demokratische Verfahren durchlaufen muß", sagte er, "nimmt ihre Vollendung längere Zeit in Anspruch" (14).

Aus den Worten der beiden führenden Funktionäre der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong kann man schließen, daß die chinesisch-britischen Verhandlungen nur ein erster Schritt zur Lösung der Hongkongfrage sein werden. Selbst wenn Beijing und London in ihren Verhandlungen noch vor Juli dieses Jahres zu einer Einigung kommen, oder falls die Chinesen beim Scheitern der Verhandlungen mit den Briten noch im kommenden September, wie sie angekündigt haben, einseitig ein eigenes Programm bekanntgeben, werden in Hongkong nur die Weichen für die Fahrt in die Zukunft gestellt; das Ziel ist

noch längst nicht ganz sicher. Beijing hat für Hongkong bereits alle Orientierungen außer der Richtung zur Rückkehr zum chinesischen Vaterland ausgeschlossen, aber, wie wir gesehen haben, noch keine feste Zusage gemacht, wie die Einwohner Hongkongs an der Gestaltung eines Grundgesetzes für die geplante Sonderverwaltungszone mitwirken sollen oder dürfen. Wenn man wie Xu Jiatur von der "Ausschöpfung des demokratischen Weges" spricht, ist dabei wohl kein Referendum, sondern nur die Ermittlung der öffentlichen Meinung durch Beijing gemeint. Eventuelle Repräsentanten Hongkongs, die an den Konsultationen bzw. dem Entwurf für ein Grundgesetz der zukünftigen Sonderverwaltungszone teilnehmen sollen, werden sicher auch nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern von Beijing ausgesucht. Obendrein liefert ein Grundgesetz allein noch keine Garantie dafür, wie weit und wie lange Hongkong unter dem chinesischen Sozialismus kapitalistisch und frei bleiben kann. Das hängt vielmehr noch von der Praxis nach 1997 ab.

#### V. Zunehmender chinesischer Einfluß in Hongkong

Obwohl es bis 1997 noch 13 Jahre noch ist, und obwohl auch die chinesisch-britischen Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, hat Beijing in der letzten Zeit die Arbeiten zur Rücknahme Hongkongs bereits vorbereitet oder sogar begonnen. Politisch wurden Persönlichkeiten und Delegationen verschiedener Branchen Hongkongs nacheinander zu Gesprächen nach China eingeladen. Der ranghöchste halbamtliche Vertreter Beijings in Hongkong, Xu Jiatur, wirkt schon wie eine Art chinesischer Gouverneur. Nicht nur mit der Bevölkerung aller Gesellschaftsschichten, sondern auch mit den britischen Kolonialbehörden hat er ständige Kontakte. Am 24. Februar veranstaltete er einen großen Frühjahrsempfang, wobei demonstrativ neben den führenden Unternehmern auch alle Mitglieder des Administrativ- und Legislativrats der Hongkonger Regierung eingeladen waren (15).

Auch die engen Wirtschaftsbeziehungen Hongkongs zu China beschränken sich längst nicht mehr auf den bilateralen Warenaustausch, sondern wurden auch auf andere Bereiche, wie z.B. Joint Ventures und Verkehrsverbindungen, ausgeweitet. Dazu hat die chinesische Regierung die Grenze sowohl für die Einwohner Hongkongs als auch für die chinesischen Bürger der Nachbarprovinz Hongkongs, Guangdong, durchlässiger gemacht. Offenbar um seinen Versprechungen

über die Beibehaltung des freien Marktwirtschaftssystems in Hongkong nach 1997 Nachdruck zu verleihen, hat China in letzter Zeit trotz seines unachgiebigen Standpunktes zur Rücknahme des Gesamtgebietes Hongkongs dort noch intensiv weiter in Industrie wie in Immobilien investiert (16).

Gerade im Januar dieses Jahres, nachdem London angeblich Beijing schon das Zugeständnis zur Rückgabe Hongkongs an China gemacht hatte, hat sich die Volksrepublik mit zwei auffälligen Investitionen noch stärker im Kapitalmarkt Hongkongs engagiert. Die erst voriges Jahr von chinesischer staatlicher Hand in der britischen Kolonie gegründete "private" Investmentgesellschaft mit dem Namen "Ever Bright Industrial Co." unter der Leitung von Wang Guangying, einem ehemaligen Kapitalisten aus Tianjin und Schwager des verstorbenen früheren Staatspräsidenten Liu Shaoqi, hat mit einer Geldanlage in Höhe von 1 Mrd. HK\$ (umgerechnet rund 128 Mio. US\$) acht Wohnblocks von City Garden im Viertel North Point auf der Insel Hongkong gekauft. Die andere spektakuläre Investition war die Erwerbung von 34,8% der Aktien der Conic Investments Co. Ltd. durch eine ebenfalls von Beijing gesteuerte Gesellschaft für Joint Ventures namens Sin King, eine Tochterfirma von China Resources Co. und der Bank of China. Conic ist eines der größten Unternehmen in Hongkong für die Produktion von Telefon- und Fernsehgeräten, wo ein Neuntel der insgesamt 94.000 Arbeiter der elektronischen Industrie beschäftigt sind. Durch diese Transaktion im Wert von 178,4 Mio. HK\$ (rund 22,9 Mio. US\$) können die genannten chinesischen Firmen acht Vertreter in das Vorstandsgremium (bislang elf Mitglieder) entsenden. Die Geschäftsführung bleibt unter dem alten Firmenpräsidenten Alex Au unverändert. In Business-Kreisen Hongkongs sehen viele dies nicht nur als reine Geldanlage Beijings an, sondern auch als politische Vertrauensinvestition. Mit anderen Worten möchte die chinesische Regierung durch den Auftakt bei der Firma Conic ihren Willen und ihre Befähigung zeigen, in Hongkong nach 1997 gemäß den Spielregeln der freien Marktwirtschaft im kapitalistischen Sattel zu sitzen (17).

Beijings Seelenmassage durch solche Zukunftsmusik sowie seine Akupunktur durch die Investitions-spritzen ist für die Vertreibung der "Angst vor 1997" in Hongkong nicht ohne Erfolg geblieben. Zumindest hat sich bislang die von vielen prophezeite massive Kapitalflucht oder ein Menschenexodus aus der britischen Kolonie nicht

ereignet. Nach den Worten des Finanzministers (Financial Secretary) der Kolonialregierung, John Bremridge, haben die Depositengelder in Hongkong in den letzten Jahren eher zu- als abgenommen (18). Der Kapitalmarkt hat sich nach dem drastischen, aber kurzfristigen Abrutschen der einheimischen Wertpapiere und des Hongkong-Dollar 1982 bzw. 1983 infolge der Verstimmungen bei den Verhandlungen zwischen London und Beijing wieder stabilisiert. In den ersten Monaten dieses Jahres bekam der Börsenkurs einen kräftigen Aufwind (der Hang Seng-Index stieg um 170 auf 1.041 Punkte), während der Prime-Zinssatz der Banken viermal hintereinander (insgesamt um 4,5% auf 8,5%) gesunken ist (19). Die gesamte Wirtschaftsleistung Hongkongs zeigte sich mit einem Jahreswachstum von 26% im Export und 6% im BSP 1983 ebenfalls sehr rosig. Gestützt auf diese Zahlen betonte der Gouverneur von Hongkong, Edward Youde, in einer Rede im Januar in New York, daß es in Hongkong kein Anzeichen für einen Wirtschaftszusammenbruch gebe und daß Hongkong auf keinen Fall ein fallender Stern sei (20).

Nicht nur die Kolonialbehörden, sondern auch die britischen Unternehmen zeigen sich wieder zuversichtlich hinsichtlich der Zukunft Hongkongs. Der britische Riesenkonzern für das Fernmeldewesen C & W (Cable & Wireless), der bereits Hongkongs Monopol für den internationalen Fernmeldedienst Cable and Wireless (HK) mit 80% Anteil in Besitz hat und durch mehrere Joint Ventures auch Fuß in China faßt, hat im Februar seine Beteiligung an dem Monopol Hongkongs für den inländischen Fernmeldedienst Hongkong Telephone Company (Telco) von 34,8%, die er im März des vorigen Jahres aufgekauft hatte, auf 52,3% erhöht, um damit auch diesen Betrieb unter seine Kontrolle zu bringen. Für die Aktion, die Mehrheitsbeteiligung von Telco zu gewinnen, soll C & W mindestens einen Preis in Höhe von 642 Mio. HK\$ (umgerechnet 82,3 Mio. US\$) gezahlt haben. Falls es alle von Telco ausgegebenen Aktien schlucken will, wird die Investition noch bis zu rund 3.299,4 Mio. HK\$ (423 US\$) erreichen. Dazu ist C & W auch nach der Privatisierung 1981 immerhin noch mit einem Anteil von 23% in der Hand der britischen Regierung (21). Daher haben dieses britische Engagement wie die genannten Investitionen der chinesischen Seite eine große Aufregung auf dem Kapitalmarkt Hongkongs verbreitet.

In der Öffentlichkeit Hongkongs hat man bei den Diskussionen um die Zukunft inzwischen alle phantastischen Denkspiele mit den

verschiedenen Modellen aufgegeben. Das Hauptthema beschränkt sich nur noch darauf, wie man mit Beijing zusammenarbeiten soll, um das freie, kapitalistische Gesellschaftssystem Hongkongs nach 1997 in der Form einer Sonderverwaltungszone unter der Souveränität des sozialistischen Staates China möglichst lange zu garantieren. Überraschend hat Roger Lobo, ein führendes "inoffizielles" Mitglied des Legislativrats der Hongkonger Regierung, am 24. Februar verlangt, daß über jede Vereinbarung hinsichtlich der Zukunft Hongkongs vor ihrem Abschluß im Legislativrat debattiert werden müsse. Abgesehen von den scharfen Attacken in der linken prochinesischen Presse in Hongkong reagierte die offizielle Seite Beijings auf Lobos Vorschlag jedoch mit Gelassenheit. Der Vorsitzende der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes der Provinz Guangdong, Liang Weilin, sagte während seines Besuches in Hongkong: "Sie können über alles debattieren einschließlich der vergangenen und gegenwärtigen Dinge, über die Innen- und Außenpolitik, den südlichen Himmel und das nördliche Land... Aber die Hongkongfrage ist eine Angelegenheit zwischen der chinesischen und der britischen Regierung", und der Direktor der Xinhua-Nachrichtenagentur in Hongkong, Xu Jiatusun, gab dazu einen noch simpleren Kommentar: "Ich glaube, daß die britischen Behörden diese Frage korrekt behandeln" (22).

Rechtlich gesehen kann der Legislativrat, dessen Mitglieder von der britischen Regierung ernannt sind und den Gouverneur beraten sollen, nicht für die Bevölkerung sprechen. Außerdem erlaubt die britische Verfassung dieses kolonialen Organs auch nicht, sich in die Außenpolitik Londons einzumischen. Aber vor allen Dingen ist der Lobo-Vorschlag in der Öffentlichkeit Hongkongs auf geringes Echo gestoßen, weil man befürchtet, daß eine neue öffentliche Debatte über die Zukunftsfrage den inzwischen geschaffenen Optimismus in den chinesisch-britischen Verhandlungen und vor allem die wiederhergestellte Wirtschaftsstabilität Hongkongs wieder stören werde. In der Tat ist der Börsenindex der Bank Hang Seng an dem Tag, an dem Lobo wegen seines Vorschlages von der prochinesischen Presse angegriffen wurde, um 26 Punkte auf den niedrigsten Stand im Februar gesunken (23).

**ANMERKUNGEN**

- 1) Zum Hongkongproblem vgl. Yu-Hsi Nieh, "Hongkong - eine Welt auf Abruf", C.a., Okt. 1982, S. 596 ff.; derselbe, "Das chinesisch-britische

Pokern um Hongkong", C. a., Okt. 1983, S. 606 ff.  
 2) AFP, 22.1.84; IHT, 24.1.84.  
 3) DGB, 12.1.84  
 4) DGB, 9.1.84  
 5) DGB, 17.1.84  
 6) XNA, 25.1.84, S.3 7) Financial Times, 23.1.84  
 8) DGB, 23.2.84  
 9) DGB, 24.2.84  
 10) TKP, 23.-29.2.84, S.16  
 11) FEER, 20.10.83, S. 29; Qishi Niandai, Hongkong, Nov. 1983, S.23; DGB, 11.10.83; SWB, 21.7.83  
 12) DGB, 22.2.84  
 13) Ebenda  
 14) DGB, 12.-13.1.84  
 15) DGB, 25.2.84  
 16) S. dazu C.a., Dez. 1983, S. 743 Ü 45  
 17) AW, 3.2.84, S. 37  
 18) Dazu s. Anm. 16, Ü 46  
 19) Anm. 17; DGB, 12.3.84  
 20) DGB, 13.1.84  
 21) AW, 24.2.84, S. 38; Hong Kong Trader, Hongkong, Feb. 84, S.2  
 22) FEER, 8.3.84, S. 26 f; AW, 9.3.84, S. 27 ff; DGB, 25.2.84  
 23) AW, 9.3.84, S.28

\*  
 \*  
 \*  
 \*  
 \*  
 \*  
 \*  
 \*  
 \*  
 BRUNHILD STAIGER

**Kampf gegen die "geistige Verschmutzung"**

\*  
 \*  
 \* \* \* \* \*

**1. Politischer Hintergrund**

Seit Deng Xiaoping im Oktober 1983 auf der 2. Plenartagung des XII. ZK der KPCh der sog. "geistigen Verschmutzung" (jingshen wuran) auf ideologischem und kulturellem Gebiet den Kampf angesagt hat, findet gegenwärtig in allen kulturellen Bereichen die Auseinandersetzung mit der angeblichen geistigen Verschmutzung statt. Hauptadressaten dieser Auseinandersetzung sind Schriftsteller und Künstler, daneben aber auch Parteitheoretiker, Wissenschaftler, Studenten und Journalisten. In den folgenden Wochen wurden die Parteigremien auf allen Ebenen aktiv und gaben in Versammlungen, Symposien und Tagungen die von der Zentrale ausgegebene Devise "Kampf der geistigen Verschmutzung" nach unten weiter, wobei praktisch alle Organisationen des kulturellen Lebens erfaßt wurden: die Verbände der Schriftsteller und Künstler, Verlage und Zeitungsredaktionen, Rundfunk- und Fernsehanstalten, Theater und Akademien, wissenschaftliche Institute, Universitäten und Schulen. Den ganzen November über waren die Zeitungen tagtäglich angefüllt mit Kommentaren und Berichten über dieses eine Thema, so daß der Eindruck entstehen mußte, hier sei erneut eine Bewegung zur Einschränkung oder Unterdrückung der intellektuellen in Gang gesetzt worden. Tatsächlich unterscheidet sich die Bewegung durch ihre Intensität und das Maß an Organisiertheit von allen vorausgegangenen ideologischen Aktivitäten der nachmaoistischen Ära.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal die vorausgegangenen Stufen des ideologischen Kampfes. Schon bald, nachdem sich das 3. Plenum des XI. ZK im Dezember 1978 für die "Befreiung des Denkens" von dem radikalen, linken Gedankengut der Kulturrevolution ausgesprochen und damit offiziell eine vorsichtige Liberalisierung eingeleitet hatte, kamen innerhalb der Partei Zweifel auf, daß ihr die Zügel der ideologischen Herrschaft über die Bevöl-